

THEMA
DER WOCHEVON STEFAN
DIETRICH

Klimaneutralität geht nur, wenn alle mitmachen

Die Spritpreise sind auf mehr als zwei Euro pro Liter gestiegen, Handwerk und Industrie kämpfen mit hohen Energiekosten – und viele Menschen fragen sich, wo im nächsten Winter das Erdgas für die Heizung herkommen soll. Der Krieg in der Ukraine führt deutlich vor Augen, wie abhängig wir von fossilen Brennstoffen sind.

Wer bisher meinte, erneuerbare Energien seien nur etwas für Weltverbesserer und die Windkraft-Lobby, wird jetzt eines Besseren belehrt. Es kann nicht wie bisher weitergehen. Nicht nur, weil unser Öl und Gas zu großen Teilen aus autoritären Staaten kommt. Sondern vor allem, weil der Kohlendioxid-Ausstoß zu Klimaveränderungen führt, die wir inzwischen auch in Marburg und Umgebung spüren.

Die Politik in Marburg will etwas dagegen tun: Die Stadt soll bis 2030 klimaneutral werden. Das ist ein extrem ambitioniertes Ziel. In Rauschenberg zum Beispiel hält der Magistrat das Ziel Klimaneutralität erst 15 Jahre später für erreichbar, obwohl sich die Ostkreis-Kommune mit dem Titel „Bioenergiestadt“ schmücken darf.

Den Verantwortlichen in Marburg ist bewusst, dass sie sich ein sehr hohes Ziel gesteckt haben. „Wir stehen vor etwas, das in seiner Dimension das übersteigt, was wir vor 25 Jahren als Agenda-21-Entwicklung hatten“, sagte Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies (SPD) diese Woche im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss. Dies könne nur gelingen, wenn alle mitmachen.

In Marburg wird dabei traditionell vor allem über den Verkehr diskutiert. Die Marburger Linke fordert schon lange kostenlosen öffentlichen Nahverkehr, ebenso wie jetzt Fridays for Future. Zumindest ein Schritt in diese Richtung sind die Neun-Euro-Tickets, die die Ampel-Koalition im Bund nun vorübergehend einführen will. Ein spannendes Experiment: Führt die Preissenkung zu deutlich mehr Fahrgästen in Bus und Bahn? Dann könnte sich auch Gratis-Nahverkehr klimapolitisch lohnen.

Die größte Herausforderung auf dem Weg zur Klimaneutralität ist aber nicht der Verkehr. Sehr viel Energie verbraucht vor allem der Gebäudesektor – also die Heizung von Wohnungen, Wohnhäusern und Firmengebäuden. Wer hier CO₂ einsparen will, muss tausende Menschen überzeugen, ihre Gebäude besser zu dämmen und neue Heizungen einzubauen. Die Politik muss also die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen.

Genau das will die grün-rot-grüne Koalition in Marburg mit einem Klimarat erreichen. Wie genau er arbeiten soll, ist noch unklar. Von der konkreten Umsetzung wird es abhängen, ob die Stadt ihr ehrgeiziges Ziel erreicht.

Wohnungen für Geflüchtete: Das müssen Helfer wissen

Antworten auf die wichtigsten Fragen für Privatleute, die Wohnraum zur Verfügung stellen

VON STEFAN DIETRICH

MARBURG. Hunderte geflüchtete Menschen aus der Ukraine sind in den vergangenen Tagen in Stadt und Landkreis angekommen. Die Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung ist groß. Wie kann man Geflüchteten Wohnraum zur Verfügung stellen und warum reagieren die Behörden auf Wohnungsangebote oft mit Verzögerung? Antworten auf die wichtigsten Fragen zum Thema.

Werden noch Privatwohnungen für Geflüchtete benötigt?

Ja, der Landkreis, die Stadt Marburg und die anderen Städte und Gemeinden suchen weiterhin Privatleute, die Wohnungen für Menschen aus der Ukraine anbieten. Die vom Land zugewiesenen Flüchtlinge sollen möglichst kurz in Notunterkünften bleiben müssen. Auch Geflüchtete, die in den Wohnungen von privaten Helfern, Verwandten und Freunden untergekommen sind, können dort oft nur kurz bleiben. Bei einer Bürgermeister-Dienstversammlung vereinbarten der Landkreis sowie die Städte und Gemeinden, dass sie weiterhin dafür werben, dass Wohnraum zur Verfügung gestellt wird, berichtete der Sprecher der Bürgermeister im Kreis, Peter Eidam (Weimar).

Was ist bei den Wohnungsangeboten besonders wichtig?

Stadt und Landkreis suchen vor allem Wohnungen, die dauerhaft zur Verfügung stehen. „Rund die Hälfte der bisherigen Angebote war allein wegen der angebotenen Aufenthaltsdauer nicht geeignet: zum Beispiel, wenn jemand zwei Personen für maximal drei Tage im Gästezimmer aufnehmen möchte“, sagt Patricia Grähling von der Pressestelle der Stadt Marburg. „Die Stadt ruft dazu auf, Wohnraum zu melden, der mindestens sechs Monate zu Verfügung gestellt werden kann.“

Wie werden die Wohnungen vermittelt, und wie lange dauert das?

„In der Regel dauert es eine bis zwei Wochen, bis Geflüchtete in den angebotenen Wohnungen untergebracht werden können“, sagt Grähling von der Stadt Marburg. Der Grund: „Alle Angebote wer-



Die ersten Flüchtlinge aus der Ukraine kamen am 16. März im Marburger Georg-Gaßmann-Stadion an.

ARCHIVFOTO: THORSTEN RICHTER

den von der Stadt geprüft und besichtigt.“ Dabei werde erfasst, ob es abgeschlossene Wohnungen seien, wie groß sie sind, welche Ausstattung vorhanden ist und ob es Unterstützungsmöglichkeiten für die geflüchteten Menschen gibt. „Beispielsweise benötigt eine Mutter mit Kleinkindern eine andere Ausstattung und Wohnungsgröße als eine alleinwohnende Person mit einer Behinderung“, erläutert Grähling. Auch die Kreisverwaltung lässt alle Wohnungen vorher prüfen, erklärt der stellvertretende Pressesprecher Sascha Hörmann. „So

wird sichergestellt, dass die Wohnungen tatsächlich für die Geflüchteten, vor allem Frauen und Kinder, geeignet sind. Zum Teil müssen die Wohnungen vorher renoviert und eingerichtet werden.“

Stadt und Kreis teilten mit, sie seien sehr dankbar für die vielen Hilfsangebote. Die Stadt prüft aktuell rund 100 Angebote und bittet um Verständnis, dass nicht alle Angebote sofort geprüft werden können. Man werde sich aber bei allen Anbietern melden.

Wer bezahlt Miete und Nebenkosten?

chenende von 10 Uhr bis 16 Uhr).

Die Ukrainehilfe der Stadt Marburg ist erreichbar per E-Mail an ukrainehilfe@marburg-stadt.de oder unter Telefon 064 21/2014000 (Montag bis Freitag 9 bis 16 Uhr). Weitere Infos und ein Formular für Hilfsangebote unter www.marburg.de/ukrainehilfe

„Die Kosten werden vom Landkreis übernommen“, teilt Hörmann mit. „Die Höhe orientiert sich an den Angemessenheitskosten der Unterkünfte für Menschen im Leistungsbezug des Jobcenters. Hinzu kommen Pauschalen für Nebenkosten und Heizkosten.“

Dasselbe gilt auch für die Stadt Marburg. Allerdings gebe es auch Menschen, die unentgeltlich Wohnungen anbieten und lediglich einen Betriebskostenanteil sowie einen Anteil für die Überlassung von Möbeln wollen, berichtet Grähling. „Das setzt die Stadt Marburg entsprechend um.“

Was ist mit Blick auf Corona zu beachten?

Die Kreisverwaltung empfiehlt, bei der Aufnahme geflüchteter Menschen auf die üblichen Regeln zum Infektionsschutz zu achten. „Wer Erkältungssymptome bekommt, sollte möglichst umgehend Abstand zu anderen Personen halten, sich in einem anderen Raum aufhalten, Maske tragen und sich testen lassen“, schrieb die Presse-

stelle des Landkreises in einer Mitteilung.

Gut zu wissen: Auch Menschen aus der Ukraine können bei den Impfaktionen des Landkreises kostenlos geimpft werden. Und: Die Bürgertestzentren im Landkreis bieten kostenlose Corona-Tests vor Ort auch für Geflüchtete aus der Ukraine an. Wer in der Ukraine mit den dort häufig verwendeten Impfstoffen „Sputnik“ und „Sinovac“ geimpft wurde, gilt in Deutschland als ungeimpft.

Was gilt, wenn Geflüchtete Hunde und Katzen aus der Ukraine mitbringen?

Die mitgebrachten Tiere müssen beim Veterinäramt erfasst werden, damit die Tollwutimpfung überprüft und gegebenenfalls nachgeholt wird. Dazu gibt es ein Formular auf der Seite des Landkreises. Das Veterinäramt ist zudem unter Telefon 064 21/4 05 66 01 oder per E-Mail an FBVuV@marburg-biedenkopf.de erreichbar. „Die Tiere werden nicht enteignet und nicht weggenommen!“, betont der Landkreis auf seiner Internetseite.

Hier kann man Wohnungen melden

Der Landkreis stellt online ein Formular zur Verfügung für Menschen, die Wohnungen für Geflüchtete anbieten wollen: <https://bit.ly/3JSj9hW> Anbieter können sich auch per E-Mail an wohnraum-ukraine@marburg-biedenkopf.de oder bei einer Hotline unter der Telefonnummer 064 21/405 72 72 melden (werktags von 8 Uhr bis 16 Uhr, am Wo-



Die gesammelten Spenden wurden von zahlreichen Helferinnen und Helfern geordnet in Kisten verpackt.

PRIVATFOTO

Spendenaktion findet zahlreiche Unterstützer

Verein Hilfe für Sibiu sammelt Sachspenden für Flüchtlingslager

MARBURG. Rumänien und Moldawien erleben durch den anhaltenden Krieg in der Ukraine einen immer größer werdenden Zustrom von Flüchtlingen. Aufgrund der jahrelang bestehenden Partnerschaft beschloss der Verein Hilfe für Sibiu, in einer überregionalen Spendenaktion in Marburg und Frankfurt Sach- und Geldspenden für die Flüchtlingsunterkünfte in Rumänien und Moldawien zu sammeln.

Die Spendenaktion fand außergewöhnlich großen Anklang – so wurden allein in

Frankfurt auf dem Gelände der Engelbert-Humperdinck-Schule zirka 15 Tonnen Hilfsgüter wie Kleidung, Hygieneartikel, Masken, Matratzen, Lebensmittel, Babynahrung und Medikamente gesammelt, teilt der Verein mit. Diese wurden durch zahlreiche helfende Hände vorsortiert, nach Themen geordnet in Kisten verpackt und anschließend mit Sprintern und Privatwagen nach Marburg zum Lager in der Temmlerstraße gebracht. In Frankfurt, Marburg und Umgebung beteiligten sich auch Privatper-

sonen und Firmen wie Apotheken, Schuhgeschäfte, Textiläden und Transportunternehmen an der Spendenaktion, sodass insgesamt mehr als 20 Tonnen Spenden gesammelt wurden.

Später wurden die Hilfsgüter auf einen rumänischen Sondertransport verladen und nach Sibiu gebracht. Dort angekommen, wurden die Spenden bedarfsgerecht an Hilfsorganisationen entlang der sieben Grenzübergänge zwischen der Ukraine und Rumänien und nach Moldawien verteilt.